

Schweiz

Kurt Koch: Vom Reformtheologen zum Ökumenekardinal

Heute soll die Wahl des Basler Bischofs zum Ökumeneminister im Vatikan bekannt gegeben werden. Im Herbst wird Koch den Kardinals purpur empfangen.

Michael Meier

Kurt Koch wird weltweite Bekanntheit erlangen. Der Basler Bischof wird als Nachfolger des deutschen Kardinals Walter Kasper ein Spitzenamt übernehmen, das wie kaum ein anderes im Fokus der Öffentlichkeit steht. Die Ernennung zum Ökumeneminister durch den Papst soll mit grosser Wahrscheinlichkeit heute bekannt gegeben werden. Wohl im Herbst wird der 60-jährige Luzerner den Kardinals purpur aus den Händen Benedikts XVI. erhalten. Damit bekommt die Schweiz ihren vierten Kardinal.

Als Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen wird Koch an Papstes Stelle den Kontakt mit anderen Kirchen und christlichen Weltgemeinschaften pflegen, vor allem mit den 14 orthodoxen Kirchen. Ein schwieriges Unterfangen, vor allem seit Johannes Paul II. 2002 auf russischem Territorium vier Diözesen errichten liess. Koch wird die «strategische Allianz» mit den Ostkirchen mittragen, die in der Ablehnung des Frauenpriesterstums und der Homosexualität besteht. Im Gespräch mit den evangelischen Kirchen ist er an die Doktrin gebunden, wonach diese gar keine Kirchen sind.

Als Ökumenekardinal ist Koch Präsident der 1974 geschaffenen «Kommission für die religiösen Beziehungen mit den Juden». Das dürfte die (Schweizer) Juden kaum freuen. Zu frisch ist die Erinnerung, wie dezidiert Koch Benedikt XVI. verteidigt hatte, als sich dieser mit den traditionalistischen Pius-Bischöfen, darunter Holocaust-Leugner Richard Williamson, aussöhnte. In einem offenen Brief verglich der Basler Bischof den Papst mit dem barmherzigen Vater, der die Lefebvre-Gemeinschaft wie den verlorenen Sohn in die Kirche zurückholte.

Vehement Partei für den Papst

Gegenüber jüdischen Exponenten verteidigte Koch die Karfreitagsfürbitte, mit ihr lässt Benedikt wieder für die Bekehrung der Juden zu Christus beten. Gemäss der kirchlichen Lehre werde zwar nicht die Kirche, aber Christus in der Endzeit als Retter Israels und der Juden auftreten, monierte Koch auch in einem kontroversen Briefwechsel mit dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund. Für diesen ist die «endzeitliche Vereinnahmung der Juden» durch den Messias Jesus aber völlig inakzeptabel.

Vielen ist aufgefallen, wie vehement der Bischof in letzter Zeit für Papst



Kurt Koch wird der vierte Schweizer Kardinal in Rom. Foto: Urs Flüeler (Keystone)

Benedikt Partei ergriffen hat. Dabei war Koch in den Achtzigerjahren als reformorientierter und durchaus romkritischer Theologieprofessor bekannt geworden. So attestierte er dem dissidenten Hans Küng, ein Nährvater der katholischen Theologie zu sein, und forderte seine Rehabilitation durch Rom. Das Papstamt bezeichnete er als das grösste Hindernis auf dem Weg zur Ökumene. Den Ausschluss der Frauen vom Priesteramt geisselte er als diskriminierend und die von Kardinal Ratzinger verfügten Busschweigen für lateinamerikanische Befreiungstheologen als verfehlt.

Lob für den Opus-Dei-Gründer

Dem Opus Dei warf Koch 1992 noch vor, ein «Werkzeug zur Disziplinierung der Ortskirchen» mit «fundamentalistischem Sekteneffekt» zu sein. Es war denn auch die spanische Geheimorganisation, die 1995 nach seiner Wahl zum Basler Bischof intervenierte. Mit dem

Resultat, dass der Heilige Stuhl die Bestätigung von Bischof Koch monatelang hinauszögerte. Ob Rom ihn damals auf Linientreue eingeschworen hat, bleibt offen. Jedenfalls lobte nun Koch den Opus-Dei-Gründer Escriva «als leuchtenden Stern für die Kirche». Er selber verteidigte seinen Wandel vom progressiven zum linientreuen Kirchenmann mit einer Replik unter dem Titel «Soll meine Wende Sünde sein?».

Seiner Karriere zuliebe gab Koch offenbar auch im Konflikt mit dem aufwändigen Priester Franz Sabo in Röschenz BL nach. Vor den Sommerferien 2008 hatte er Sabo noch ultimativ zum Gespräch aufgefordert, um die «unhaltbare Situation zu prüfen». Im September dann kam es zur völlig überraschenden Versöhnung mit Sabo, der ihn einst als «herzlosen Funktionär» beschimpft hatte. In Röschenz war man schon damals überzeugt, dass Rom Koch einen Kardinals posten angeboten hatte – vorausgesetzt, er würde den jahrelan-

gen Konflikt mit Sabo bereinigen. Das Zerwürfnis mit Sabo bescherte Koch eine der bittersten Niederlagen. Das Kantonsgericht Basel-Landschaft entschied im September 2007, dass der Bischof beim Entzug der Missio canonica von Franz Sabo dessen rechtliches Gehör verletzt habe. Darum müsse ihm die Kirchengemeinde Röschenz nicht kündigen. Koch, damals noch Präsident der Schweizer Bischofskonferenz, fiel über Richter und Urteil her: Dieses sei eine für die demokratische Rechtskultur verhängnisvolle Erscheinung. Er erbat die Hilfe Roms und drohte mit der Trennung von Staat und Kirche.

Kurz darauf musste Koch, gesundheitlich angeschlagen, monatelang pausieren. Auch die Leitung seines Mammutbistums mit 1,2 Millionen Katholiken hatte ihm zugesetzt. Der Priesterangel bescherte ihm zahlreiche Konflikte mit Laientheologen. Es heisst, Koch sei aufgeblüht, seit er von seiner Berufung nach Rom wisse.

Streit um den richtigen Anreiz bei Elektroautos

Umweltpolitiker wollen Autos mit Stromantrieb finanziell fördern. Die FDP macht nicht mit, obwohl sie diesbezüglich erst kürzlich hohe Ziele beschlossen hat.

Daniel Friedli

Jacques Bourgeois dürfte sich etwas einsam vorgekommen sein. Dabei durfte der Freiburger FDP-Nationalrat durchaus davon ausgehen, im Sinne seiner Partei zu handeln, als er gestern in der Umweltkommission des Nationalrates für die Förderung von Elektroautos in der Schweiz stimmte. Schliesslich hat die FDP erst letzten Samstag ein neues Positionspapier verabschiedet, in dem sie sich für die Elektrifizierung des Autoverkehrs ausspricht: «Bis 2030 fahren auf Schweizer Strassen 1,4 Millionen Plug-in-Elektrofahrzeuge, die einen Teil oder den gesamten Energiebedarf aus erneuerbaren Energien beziehen, oder Fahrzeuge mit optimierten Verbrennungsmotoren (3-Liter-Auto)», heisst es darin.

Vom ersten Anlauf, diesem Ziel näherzukommen, wollte die Mehrheit der FDP-Vertreter gestern aber nichts wissen. Zur Debatte stand in der Umweltkommission des Nationalrates die Idee von SP-Nationalrat Eric Nussbaumer, ein staatliches Anreizprogramm zur Anschaffung von Elektroautos in die Wege zu leiten, finanziert durch einen Teil der Mineralölsteuer. Den Autofahrern, die mit Strom aus erneuerbaren Energien unterwegs sind, will Nussbaumer zudem in der ganzen Schweiz die Motorfahrzeugsteuer erlassen.

Leutenegger wehrt sich

Dass die FDP dies nun mehrheitlich ablehnte, löste bei SP und Grünen Kopfschütteln aus. Die FDP kriege in Umweltfragen die Kurve einfach nicht, höhnte man in diesem Lager. Einmal mehr kündige sie grosse umweltpolitische Ziele an, ohne dann bereit zu sein, sich wirklich dafür einzusetzen.

FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger lässt diese Kritik indes nicht gelten. Seine Partei stehe zum Umstieg auf Elektroautos, aber eben nicht auf solch irreführenden Pfaden, wie Nussbaumer sie nun vorschlägt, sagt er. Man dürfe nicht einmal mehr Steuern und Subventionen beschliessen, die letztlich höchstens einigen Subventionsjägern zu einem Geschäft verhelfen würden. «Subventionen sind nie nachhaltig», sagt Leutenegger. «Sobald sich der Staat zurückzieht, bricht die Branche wieder zusammen.»

Der Zürcher setzt darum auf andere Wege. In seinem Urteil ist der Fokus vor allem auf die Schnittstellen, also auf die Ladestationen, zu richten. Ihm schwebt dabei vor, dass vorerst einige Gemeinden mit Unterstützung der öffentlichen Körperschaften in Pilotprojekten Erfahrungen mit dem Stromtanken sammeln. Später könnten auch die grossen Service-public-Betriebe wie SBB oder Post solche Dienstleistungen anbieten.

Reaktion auf die Bio-Illusion

Mit solchen Argumenten vermochte Leutenegger die Kommission nicht zu überzeugen. Sie stimmte Nussbauers Initiative knapp zu, wie mehrere Quellen bestätigen. Dass die Politiker mittlerweile auf die Förderung von Elektromobilen setzen, hat dabei auch einen anderen Grund: Die Hoffnung, den CO₂-Ausstoss des Verkehrs mit Biotreibstoffen nachhaltig zu senken, hat sich in ihren Augen zerschlagen.

Diesen Befund teilt zumindest teilweise auch eine Studie, die das Zentrum für Technologiefolgen-Abschätzung (TA Swiss) gestern veröffentlicht hat. Die Autoren bezeichnen darin das diesbezügliche Potenzial in der Schweiz als eng begrenzt. Maximal 15 Prozent des fossilen Treibstoffverbrauchs lassen sich in gemäss ihrem Urteil durch Importe von Biotreibstoffen oder deren Eigenproduktion (vor allem aus Holzabfällen, Biomasse oder Gülle) ersetzen. Dies aber nur, wenn gleichzeitig die Energieeffizienz der Fahrzeuge noch deutlich zunimmt. Bezieht man zusätzlich auch noch die Elektromobilität in diese Rechnung, steigt das Potenzial auf 41 Prozent. Die Autoren empfehlen darum, beide Energieformen parallel zu fördern.

Neuenburg Staatsrat Frédéric Hainard klammert sich an sein Amt. Er hat nicht nur seine Glaubwürdigkeit verloren, sondern setzt auch jene der Regierung aufs Spiel. *Richard Diethelm*

Neuenburg der Lächerlichkeit preisgegeben

Zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit erleben die Neuenburgerinnen und Neuenburger, wie eine ihrer politischen Persönlichkeiten im Ring angezählt wird. Im März des vergangenen Jahres musste die Neuenburger SP-Stadträtin und ehemalige Nationalrätin Valérie Garbani das Handtuch werfen. Nun hängt FDP-Staatsrat Frédéric Hainard in den Seilen. Die Vorfälle, welche die beiden ins Taumeln brachten, sind grundverschieden. Aber ihre Folgen für die politischen Institutionen des Kantons sind ähnlich.

Der Staatsrat als Sheriff

Die psychisch labile Valérie Garbani litt unter häuslicher Gewalt und rastete unter Alkoholeinfluss mehrmals aus. Sie pöbelte Polizisten an, in einem Fall bedrohte und beschimpfte sie Personal eines Nachtclubs mit rassistischen Sprüchen.

Hainard dagegen spielte in Neuenburg den Sheriff im Gewand eines Staatsrats. Dabei agierte der 34-Jährige als Begleiter einer Frau, die er über Monate als «längjährige Freundin des Hauses» ausgab, bis er unter Druck gestand, sie sei seine Geliebte.

Entgegen Hainards Beteuerungen, er habe der in seiner Direktion ange-



Valérie Garbani trat im März 2009 zurück.

stellten Frau nie einen Vorteil verschafft, erhärtete eine letzte Woche bekannt gewordene Intervention beim Personalamt diesen Verdacht. Der Volkswirtschaftsdirektor soll in Mails, welche die Zeitung «Le Temps» einsehen konnte, einen höheren Lohn für seine Geliebte verlangt haben.

Beide Affären betreffen die Grauzone zwischen Privatem und Beruflichem von Magistraten. Die politische Verantwortung der Parteien, der die betreffenden Personen angehören, stand beziehungsweise steht infrage. Garba-



Frédéric Hainard hält noch an seinem Amt fest. Fotos: Sandro Campardo (Keystone)

nis Entgleisungen schaden dem Ansehen der städtischen Exekutive. Hainards Eskapaden zogen den Staatsrat, der sich seit dem Machtwechsel von rot-grün zu bürgerlich bei den Wahlen im April 2009 noch nicht gefunden hat, in den Schlamassel hinein.

Garbani verspielte im Juni 2008 das Vertrauen, das ihr manche Wähler einhalb Monate zuvor auch aus Mitgefühl für ein Opfer häuslicher Gewalt geschenkt hatten. Damals forderte die Stadtpartei der Liberalen die SP umgehend auf, sie müsse ihre Ver-

antwortung wahrnehmen und die Magistratin zum Rücktritt bewegen. Die Genossen gaben Garbani aber eine allerletzte Chance, die sie neun Monate später mit einer weiteren Entgleisung endgültig vertat.

Im Fall Hainard müsste die Liberal-freisinnige Kantonalpartei nun die politische Verantwortung wahrnehmen, die sie seinerzeit von der SP eingefordert hatte. Stattdessen spielt sie auf Zeit und versteckt sich hinter der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK), welche die Vorwürfe an den Volkswirtschaftsdirektor untersucht und womöglich erst im Oktober ihre Erkenntnisse darlegt.

Glaubwürdigkeit verloren

Dabei hat Hainard seine Glaubwürdigkeit bereits verloren. Bis die PUK ihre Arbeit aufnahm, log der Minister die Öffentlichkeit über den wahren Charakter seiner Beziehung zu der Mitarbeiterin seiner Direktion an. Und er mischte sich in die Anstellungsbedingungen der Geliebten ein. Dabei ist es unerheblich, wie hoch ihr Gehalt als Arbeitsinspektörin tatsächlich ist. Hainard hat Privates und Berufliches auf eine Art vermischt, die einem Staatsrat nicht ansteht.